

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke, Frank Tempel, Jan van Aken, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 17./18. Dezember 2015 in Brüssel

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die EU-Kommission hat angekündigt, ein neues Kapitel der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei noch im Dezember 2015 eröffnen zu wollen. Im Frühjahr 2016 sollen weitere fünf Beitrittskapitel eröffnet werden, um die Verhandlungen für einen Beitritt der Türkei zur EU weiter voranzutreiben. Dies ist umso unverständlicher, als der jüngste Fortschrittsbericht der EU-Kommission zur Türkei vor allem von Rückschritten bei Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit berichtet.
2. Auf dem EU-Türkei-Gipfel am 29. November 2015 wurde vereinbart, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten drei Mrd. Euro an die Türkei für die Versorgung syrischer Flüchtlinge zahlen und die Türkei im Gegenzug einen Aktionsplan zur Flüchtlingsabwehr umsetzt. Der deutsche Anteil an der Zahlung beträgt 532 Mio. Euro, er könnte sich aber noch massiv erhöhen, da viele Mitgliedstaaten bereits angekündigt haben, nicht in die Finanzierung einsteigen zu wollen oder zu können. Vor dem Hintergrund der Entwicklung der menschenrechtlichen Situation in der Türkei ist diese Form der Kooperation mit der Türkei abzulehnen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die übertragenen Mittel in den Ausbau des Repressionsapparats fließen, ist hoch.
3. Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan treibt die Türkei weiter in Richtung eines autoritären Unterdrückungsstaats und einer Präsidialdiktatur. Seine Partei, die AKP, schreckt nicht davor zurück, Schlägertrupps in kritische Zeitungsredaktionen zu schicken.
4. Die türkische Regierung führt unter dem Vorwand der Bekämpfung des Terrorismus einen Krieg gegen die Kurdinnen und Kurden im Osten der Türkei, bei dem auch aus Deutschland stammende Rüstungsgüter eingesetzt werden. Die Bevölkerung wird mit Terror und Gewalt eingeschüchtert, damit sich die AKP als Kraft für Recht und Ordnung darstellen kann. Jüngstes Beispiel dieser Strategie der Spannung ist die Ermordung des Präsidenten der Anwaltskammer von Diyarbakir, Tahir Elci.

5. Regierung und Präsident lassen Oppositionelle in der Türkei massiv verfolgen. Jüngstes Beispiel ist die Inhaftierung des Chefredakteurs der Zeitung Cumhuriyet, Can Dündar. Dündar wurde angeklagt, weil er Fotos veröffentlicht hat, die türkische Waffenlieferungen an den so genannten Islamischen Staat (IS) zeigen.

6. Im Syrien-Krieg spielt die Türkei eine gefährliche Rolle. Erdoğan tritt als Terrorpate auf. Die Türkei hat durch den Abschuss eines russischen Kampfflugzeugs an der türkisch-syrischen Grenze die Gefahr einer Ausweitung des Krieges in Syrien riskiert. Sie bombardiert kurdische Verbände und damit genau diejenigen, die sich dem barbarischen IS in der Region am entschiedensten entgegenstellen. Wenn Deutschland künftig als Teil der internationalen Allianz gegen den IS in Syrien Aufklärungsdaten an die Türkei weitergibt, wie es das Bundeswehrmandat vorsieht, kann weder ausgeschlossen werden, dass diese von der türkischen Luftwaffe gegen die Kurden genutzt werden, noch gar, dass sie in die Hände des IS gelangen. Die Türkei liefert weiter Waffen an islamistische Terrormilizen in Syrien und im Irak. Der Ölverkauf des IS läuft über türkisches Territorium. Vor diesem Hintergrund sind die Überlegungen der NATO zur Stärkung der türkischen Luftabwehr erst recht verfehlt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich in der EU dafür einzusetzen, dass die Vereinbarung vom EU-Türkei-Gipfel über die EU-Finanzhilfen an die Türkei und der Aktionsplan zur Flüchtlingsabwehr zurückgenommen werden und die Türkei weder zum sicheren Herkunftsstaat noch zum sicheren Drittstaat erklärt wird;
- die vollständige Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention durch die Türkei einzufordern;
- die Initiative zu ergreifen, damit die 3 Mrd. Euro, die im Rahmen des EU-Türkei-Abkommens zur Verfügung gestellt werden sollen, über den UNHCR und das Welternährungsprogramm zur Verbesserung der Lage der syrischen Flüchtlinge in der Türkei und in der Region fließen;
- sich nicht an der Seite der Türkei an einem völkerrechtswidrigen Krieg in Syrien zu beteiligen;
- sich nicht an einer Verstärkung der türkischen Luftabwehr durch die NATO zu beteiligen und sich in der NATO gegen eine solche Stärkung einzusetzen;
- die Waffenexporte in die Türkei sofort zu unterbinden;
- sich dafür einzusetzen, dass die türkischen Verantwortlichen für den Ölhandel mit dem IS strafrechtlich verfolgt werden;
- sich gegen die Eröffnung weiterer Beitrittskapitel einzusetzen, solange der Krieg gegen die Kurdinnen und Kurden in der Türkei, die Verfolgung von Oppositionellen, kritischen Journalisten und Gewerkschaftern wie auch die Unterstützung islamistischer Terrormilizen durch die türkischen Behörden anhält;
- sich für eine Wiederaufnahme des Friedensprozesses in der Türkei einzusetzen und auf eine Freilassung der politischen Gefangenen in der Türkei zu dringen, auch derer, die wegen der Berichte zu türkischen Waffenlieferungen an den IS inhaftiert sind;
- sich auf EU-Ebene für eine Aufhebung des Verbots der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) einzusetzen.

Berlin, den 15. Dezember 2015

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion